

**Nachfrage zum letzten Protokoll zum Artikel: Das Grundgesetz – die Satzung des Staates (GS 3-21)**

— Auf der ersten Seite des Protokolls zum Jour fixe vom 07.02.22 unten ist vom „Konservatismus“ (vgl. GS, S. 53) die Rede, „auf den die Politik mit diesem ganzen Verfahrenswesen verpflichtet wird“. „Konservatismus“ ist nicht der richtige Ausdruck für die Sache. Es geht nicht darum, etwas zu bewahren, Althergebrachtes unbedingt zu erhalten. Wenn etwa Gesetzesvorlagen durch die Institutionen und Gremien gehen, sollen die Gesetze so gestaltet werden, dass sie für alle passen, also zum Beispiel auf die Länder mit ihren Besonderheiten. Analog zu der entsprechenden Stelle im Biden-Artikel. Es geht nicht darum, etwas zu erhalten oder nicht zu verändern, sondern es handelt sich um „Kompromisse“, die dazu führen, dass das Gesetz letztlich so ist, wie sie es gebrauchen können.

„Konservatismus“ soll nicht mit „Althergebracht“ verdolmetscht werden. Der konservative Gehalt der gegenseitigen Kontrolle der Instanzen bedeutet, dass bei allen Notwendigkeiten von Veränderungen, die sich in der Gesellschaft auftun, nichts Grundsätzliches umgestürzt wird, dass bei allem Fortschritt die anerkannten Interessen Beachtung finden. Politiker haben qua ihres Amtes die Entscheidungshoheit, je nach Inhalt ihres Amtes über die aktuellen Fragen der Politik zu entscheiden und da auch Neuerungen oder Änderungen einführen. Zugleich soll durch das Zusammenspiel der verschiedenen Instanzen dafür Sorge getragen werden, dass die angepeilten Änderungen oder Neuerungen nicht in Gegensatz zu dem geraten, was grundsätzlich der Inhalt staatlichen Handelns ist: Nämlich die Regelung und der Erhalt der kapitalistischen Verhältnisse, wie sie der Politik vorausgesetzt sind.

\*

**„Build Back Better“: Der Kampf um die Seele Amerikas geht weiter. Die Supermacht ringt mit sich um ihre weltweite Suprematie**

**I.**

Aus der Überschrift wird deutlich, dass Biden nicht einfach ein Wiederaufbauprogramm Amerikas plant; darüber hinaus geht es weiter um einen „Kampf um die Seele Amerikas“ und um ein „Ringeln mit sich selbst“. Was also ist das Thema dieses Artikels und wie ergibt sich daraus die Gliederung des Artikels?

— Zunächst blieb mir unklar, warum der Artikel mit dem Sozialstaatsprogramm von Biden beginnt, was sich mir erst rückwirkend vom Ende her erschloss. Der Artikel fängt mit dem Aufbauprogramm der USA im Inneren an. Biden geht davon aus, dass dieses Programm genau das passende Instrument ist, um die globale weltumspannende Überlegenheit der USA wiederherzustellen, zu der die Amerikaner eigentlich geboren sind. Es ist zu erklären, warum Biden darauf kommt, dass ein Aufbauprogramm im Inneren – bestehend aus sozialstaatlicher und umweltpolitischer Rücksichtnahme, sowie einer Industriepolitik – die entscheidende Maßnahme dafür sein soll, um die amerikanische Überlegenheit wieder herzustellen. Im nächsten Kapitel geht es darum, dass die USA nach dem 2. Weltkrieg es hingekriegt haben, als überlegene politische Macht die Konkurrenz als weltweites Prinzip einzurichten und dass das die staatsmaterielle Grundlage für die amerikanische Überlegenheit ist. Diese Überlegenheit sehen sie durch das, was sie mit ihrem Konkurrenzsystem selbst erzeugt haben, durch ihre Konkurrenten gefährdet. Diese Lage – ökonomischer Angriff der Chinesen und das selbstbewusste Programm der Europäer – reflektieren sie als ein Versagen der politischen US-Akteure am Wesen des Amerikaners. Um „Amerikas Singularität wieder herzustellen“ muss sich der Staat auf die Einzigartigkeit des Amerikaners besinnen und sie wieder ermöglichen, denn aus dieser Stärke entspringt die Überlegenheit Amerikas. Die Politik hat sich in ihrem Aufbauprogramm wieder auf diese Stärke zu konzentrieren.

Die Überlegungen gehen schon mal in die richtige Richtung. Im ersten Kapitel geht es um das umfangreiche Aufbauprogramm für das amerikanische Volk, die Infrastruktur, die

Industrie, den Klimawandel etc., mit dem Biden die Konkurrenzfähigkeit von Amerika wieder herstellen will. Dazu sieht Biden keine Alternative, er besteht darauf, dass Amerika genau dieses Programm für seinen Wiederaufbau braucht. Dass genau dies aber sehr umstritten ist, darauf wird hier auch bereits hingewiesen. Danach wird in den nächsten beiden Kapiteln der Frage nachgegangen, woher diese Unzufriedenheit mit der Stellung der Nation in der Welt kommt. Woran misst sich Amerika da; was setzen die USA da voraus und wie sieht es wirklich mit dem Zustand Amerikas und der Stellung Amerikas in der Welt aus? Das 3. Kapitel beginnt mit dem Hinweis, dass die USA eine seltsame Konsequenz aus ihrer Unzufriedenheit ziehen: Die Stellung in der Welt, die sie beanspruchen, soll durch eine Reform der eigenen Nation erlangt werden. Schlussendlich wird erklärt, warum es genau darauf kommt.

— Die Überschrift „Die Weltmacht ringt mit sich um ihre weltweite Suprematie“ kündigt bereits den Widerspruch jenes seltsamen Missverhältnisses an, das zwischen dem von Amerika konstatierten Übel und der dafür vorgesehenen Therapie vorliegt: Einerseits ringt Amerika um seine unangefochtenen Weltmachtrolle, andererseits soll gegen dieses Übel eine riesiges inneres Reformprogramm helfen. Das steht inadäquat zueinander. Die etwas merkwürdig klingende Diagnose – „Wenn wir auf der Welt nicht mehr unangefochten dastehen, dann haben wir im Inneren etwas verursacht, so dass Rivalen überhaupt hochkommen konnten“ – lebt von dem Selbstverständnis, dass Konkurrenz und Konkurrenzenerfolg für Amerika immer identisch sein müssen, ansonsten muss im Inneren irgendetwas nicht in Ordnung sein. Das wollen sie mit diesem Programm beheben.

Die Überschrift ist nicht gleich als Widerspruch zu verstehen und der Artikel fängt auch nicht mit diesem Widerspruch an. Biden legt ein Riesenprogramm auf, um Amerika wieder zu ermöglichen, die Rolle in der Welt spielen, die ihm zukommt. Der Ausgangspunkt des Artikels ist das, was da stattfindet, und er will damit erklären, dass Amerika damit ringt, nicht mehr automatisch die Rolle in der Welt zu spielen, die es eigentlich für sich beansprucht. Als nächstes wird erklärt, worin eigentlich die besondere Rolle Amerikas besteht und wodurch sie angekratzt wurde. Angesichts dieser objektiven Lage ist es zunächst mal eigenartig, dass Biden sich die Besinnung auf die amerikanischen Tugenden als das Programm vornimmt, mit dem die Sache zu lösen sei. Andererseits entspricht das aber auch genau dem Selbstverständnis Amerikas. Dazu gibt es den innenpolitischen Streit, was Amerika tun muss, um wieder das zu sein, wozu es berufen ist. Die Überschrift soll den Inhalt des gesamten Artikels abdecken.

Im ersten Kapitel soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass das von Biden anvisierte Wiederaufbauprogramm auf die internen Verhältnisse bezogen ist. Da soll Infrastruktur erneuert und neue Technologien entwickelt werden; sowohl die Industriepolitik wie auch die Sozialpolitik soll auf Vordermann gebracht werden. Dafür will der Staat Billionen Summen in die Hand nehmen. Dieses Programm wird mit der allergrößten Selbstverständlichkeit damit identifiziert, dass dies die Art und Weise ist, wie Amerika seine Suprematie in der Welt entweder wiederherstellt“ – also „build back better“ – oder zumindest die vorhandene besser absichert. Auf diese Gleichung wird im Ausgangspunkt hingewiesen. Jedoch geht es an der Stelle mehr darum, *woran* Biden *leidet* und auch bereits schon Trump gelitten hat: Die außerordentliche Stellung der USA in der Welt, nämlich in allen Affären in der Konkurrenz oder in der Weltpolitik als Führungsmacht dazustehen und immer wieder als solche daraus hervorzugehen, ist eine Angelegenheit, die sie einerseits mit aller Selbstverständlichkeit beanspruchen, die aber andererseits offensichtlich gar nicht mehr in der Weise aktuell vorhanden bzw. gefährdet ist.

Auf diese Botschaft kommt es im 1. Kapitel an. Da kommt auch die Differenz hinsichtlich des Wiederaufbauprogramms zwischen den Parteien zur Sprache. Im 2. Kapitel geht es um die besondere Rolle Amerikas, die es in der Welt spielt und mit der Amerika zurzeit unzufrieden ist, worin sie besteht und worin sie angekratzt ist. Dann wird auf diese besondere Reaktion Amerikas, „Amerika muss sich auf sich selbst besinnen“, eingegangen. Was da nicht unmittelbar plausibel erscheint, lässt sich aus dem Selbstverständnis der USA erklären. Das gehört dann in den vierten Teil.

In Kapitel 1 kommt auch zur Sprache, dass das Aufbauprogramm von Biden eine

ziemliche Neuheit zur Art und Weise darstellt, wie in Amerika bislang Politik gemacht wurde. Im Artikel wird das gekennzeichnet mit den beiden Stichworten „staatliches Enthaltungsprogramm“ versus „Bidens Aufbauprogramm“. Bislang war es das amerikanische Staatsdogma: der Staat hat sich aus allem herauszuhalten. Jetzt setzt Biden dem entgegen: Der Staat muss eine fürsorgliche Abteilung aufmachen, hat sich tatkräftig um alles Mögliche im Inneren zu kümmern.

— *In vorhergehenden Aussagen wurde behauptet, dass das Wesentliche an dem internen Reformprogramm die Sozialpolitik sei. Bei dem Reformprogramm handelt es sich jedoch um ein gigantisches, nationales und industriepolitisches Aufrüstungsprogramm und um ein infrastrukturelles Erneuerungsprogramm. Die sozialpolitische Wende, die Biden dabei ebenfalls im Sinn hat, ist nur ein weiterer Teil dieser Revision. Bisher war sozialpolitische Enthaltensamkeit das Kennzeichen amerikanischer Politik und ein sozialpolitisches Programm ist deshalb in der Tat für Amerika etwas Besonderes.*

Es gibt eine Gemeinsamkeit des industriepolitischen und des sozialen Programms: Biden ist der Auffassung, man könne es nicht einfach dem Kapital überlassen, was es beim Wiederaufbau der Nation für nötig erachtet. Staatliche Eingriffe in die Konkurrenz der Kapitale – zum Beispiel zu steuern, was in neuen Branchen für nötig erachtet wird – müssen erfolgen, genauso wie auch in Bezug auf die Arbeiterklasse. Er ist der Auffassung, wenn man beide Seiten sich selbst und ihrem anerkannten Streben nach Erfolg überlässt, kriegen sie nicht das hin, was die Nation braucht. Wenn die Lohnabhängigen für sich selbst nicht sorgen können, können sie ihre Dienste für die Nation auch nicht erbringen. Daher ist es notwendig, sich von Staats wegen darum zu kümmern. Solche Eingriffe galten bisher als unamerikanisch und bringen Biden in Gegensatz zu den Republikanern. Hier ist einerseits die Heftigkeit des Streits über das Programm von Biden begründet und andererseits bejahen beide Varianten die Notwendigkeit, Amerika wieder groß zu machen. Wenn Biden jetzt einen fürsorglichen Staat auf die Tagesordnung setzt, dann genau für denselben Zweck, für den Trump regiert hat. In diesem Anliegen sind sie sich einig: Amerikanische Suprematie muss sein und es ist ihr Staatsauftrag, diese wieder herzustellen.

— *Aber mit dem Hinweis, „letzten Endes wollen sie dasselbe“, ist gerade die Differenz, wie man zu diesem Ziel kommt, beiseitegeschoben. Die Art des fürsorglichen Staates, nämlich sich um seine hart arbeitenden Amerikaner so zu kümmern, dass sie in ihrem Nutzen für das Kapital auch selber durchkommen, widerspricht der bisherigen Auffassung, was ein Amerikaner ist: die besagt, „wie ich klarkomme, ist meine Freiheit und geht den Staat nichts an“.*

Ja, das ist die Differenz der beiden Auffassungen. Der Zweck dieser Maßnahmen, nämlich „Amerika first“, ist hingegen identisch, genauso wie die Dringlichkeit eines amerikanischen Aufbruchsprogramms unumstritten ist. Beide Varianten, für die jeweils Biden oder Trump stehen, haben denselben Grund: Amerika findet sich in seinem Selbstverständnis, die Weltmacht zu sein, angegriffen. Aus dieser Gemeinsamkeit wird im Artikel der Übergang zu Kapitel 2 gemacht, nämlich sich anzusehen, was da tatsächlich angegriffen ist.

\*

Zu der bisherigen Variante des amerikanischen Staatsverständnisses, die mit dem Titel, „Der Staat hält sich aus der Konkurrenz und den Lebensverhältnissen seiner Bürger raus“, gekennzeichnet ist, wird im Artikel gesagt, dass das eine (Lieblings-)Lüge der Amerikaner ist. Natürlich wird gerade dort auch regiert und durchgegriffen, Maßnahmen ergriffen, Gesetze verabschiedet und Geld verausgabt. Aber das erfolgt in einer sehr einseitigen Richtung, nämlich es soll ohne jede Einschränkung und überflüssige Rücksichtnahme Geld verdient werden. „Der Staat hält sich raus“ kennzeichnet eine Politik, die keine Rücksicht darauf nimmt, dass bei der kapitalistischen Konkurrenz notwendig Leute auf der Strecke bleiben und Land plus Natur verwüstet werden. Die Variante von Biden beinhaltet dagegen, dass der Staat sich nicht nur um das Gelingen des Geschäfts kümmern muss. Wenn bei der Konkurrenz verödete Landschaften und Arbeitslose herauskommen, passt das nicht zu einer großartigen Nation wie den USA und stellt eine Schwächung

Amerikas dar. Da darf sich die amerikanische Politik nicht heraus halten, sondern muss Tatkraft an den Tag legen, um diese Schwäche in den Griff kriegen, um die gewohnte Größe in der Welt wiederherzustellen. Dieser Revisionsbedarf Bidens stößt auf Widerstand der anderen politischen Fraktion. Diese vertritt den Standpunkt, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied ist und jeder selbst sehen muss, wie er in der Konkurrenz zurechtkommt. Auf den Staat, statt auf die eigenen Kräfte zu setzen, ist unamerikanisch. Biden hält das hingegen für die einzige Art und Weise, für Verhältnisse zu sorgen, in denen Amerika wieder das wird, was es eigentlich schon immer ist.

Im Zitat von Biden (S. 64 oben) wird der Impetus deutlich, mit dem er da antritt: Bei dem Vorhaben, dem Verlust der Überlegenheit der US-Nation entgegen zu treten, stellt sich nicht die Frage, ob man da eine linke oder rechte Position einnimmt, sondern es ist ein unstrittiges Programm, hinter dem sich jeder Amerikaner ohne Einschränkungen versammeln muss. Nur so kann Amerika seine Größe unter Beweis stellen. Das ist sein Anspruch und den will er durchsetzen.

— *Zur Lieblingslüge Amerikas steht im Artikel auf S. 62, oben, dass auch in Amerika kein Politiker „die Dinge einfach ihren Gang gehen lässt“ und „auch ein freiheitsliebendes amerikanisches Volk ... will von seiner Obrigkeit Taten sehen“. Letzteres bedeutet, der amerikanische Staat sieht in der Kapitalfraktion, die in der Konkurrenz obsiegt, sein Heilsversprechen verwirklicht; die, die diesen Erfolg nicht erbringen, also nicht konkurrenzfähig sind, werden nicht als notwendiger Bestandteil eines nationalen Kapitalismus definiert und gehen zu Recht unter. Das gleiche Prinzip der erfolgreichen Konkurrenz gilt auch für das Lohnarbeiterdasein. Wer sich durchsetzt, hat gemäß dem, wie er sich angestrengt und seine Fähigkeiten eingebracht hat, seinen Erfolg redlich erarbeitet. Die anderen scheiden quasi als nichtamerikanische d.h. konkurrenzunfähige Bürger einfach aus. Diesem Prinzip der Konkurrenz und des Rechtgebens des Erfolgs in der Konkurrenz gehört, laut Biden, eine Korrektur verpasst.*

Die Formulierung „der amerikanische Staat lässt Konkurrenzverlierer untergehen“ ist übertrieben. Der amerikanische Staat hat sich bisher für den weltweiten Erfolg seines Kapitals eingesetzt. Dieses Eintreten für den Erfolg amerikanischen Geschäfts daheim und in aller Welt ist *der* Maßstab, an dem seine Politik gemessen wird. Negative Folgen erfolgreichen Geschäfts, wie Arbeitslosigkeit oder Umweltschäden, gelten nicht als Einwand gegen jede Sorte von erfolgreichem Geschäft. „Der amerikanische Staat hält sich raus“ ist also nicht so zu fassen, dass er die Konkurrenzresultate abnickt und nur für erfolgreiches Geschäft oder Lohnarbeit da ist. Auch in Amerika wird regiert. Es findet staatliche Förderung statt und der Staat macht sich stark für den Erfolg amerikanischer Firmen auf dem Weltmarkt. Der Artikel legt hier Wert auf den Maßstab, der an die staatlichen Maßnahmen angelegt wird. Die sollen den sich um Erfolge in der Konkurrenz bemühenden Unternehmen wegen sozialpolitischer oder umweltpolitischer Überlegungen keine Steine in den Weg legen.

— *Der Text will die Lieblingslüge amerikanischer Regierungskunst als Ideologie widerlegen. Die Behauptung, früher hätte der Staat sich durch Enthaltensamkeit ausgezeichnet und mit seiner Revision mischt sich Biden jetzt ein, ist eine falsche Entgegensetzung. Die letzten Beiträge gingen in die Richtung, der Artikel würde an dieser Stelle kennzeichnen wollen, wie genau und nach welchen Kriterien der Staat jeweils in die Konkurrenz eingreift. Das ist hier nicht das Thema. Vielmehr geht es um die Zielsetzung von Biden, eine Schwäche zu diagnostizieren und zu sagen, die müssen wir beheben, damit die selbstverständliche Suprematie Amerikas erhalten bleibt oder sogar noch ausgebaut wird. Der amerikanischen Lieblingslüge, der Staat würde sich durch Enthaltensamkeit auszeichnen, setzt Biden eine andere Lüge entgegen: die vom fürsorglichen Staat.*

Das heißt aber andererseits nicht, dass es hier bloß um Ideologien geht, wenn behauptet wird, es sei typisch amerikanisch, dass der Staat sich raus hält, alles der Konkurrenz überlässt und nur deren Erfolgsstreben fördert und sonst nichts macht. In der praktischen Politik, wie sie den Republikanern und Demokraten vorschwebt, gibt es durchaus diese Unterschiede. Die eine Seite besteht darauf, dem Geschäftserfolg keine Schranken oder

Behinderungen durch Soziales, Steuerregelungen u.ä.m. aufzuerlegen, sondern ihn zu fördern. Die andere Seite hält es sehr wohl für notwendig und in der augenblicklichen Zeit auch für angemessen, ein Sozialprogramm aufzulegen. Es soll darauf hingewiesen werden, dass es diesen Unterschied in den Ideologien: „der Staat hält sich raus“ versus „der Staat sorgt sich um die Leute“, gibt. Daneben besteht die Gemeinsamkeit in der beanspruchten Weltmachtstellung der USA, mit der es im Artikel weiter geht.

## II. 1

— *Das zweite Kapitel widmet sich der sachlichen Frage nach den Gründen dafür, dass den USA die „einzigartige Großartigkeit“ abhandengekommen ist. Im Artikel davor steht die Auffassung von Biden, die angegriffene Weltmachtrolle der Amerikaner sei ein Resultat davon, dass Amerika „seine eigenen Lebensbedingungen nicht im Griff hat“ (S.62). An der Diagnose stimmt mindestens so viel: die unbestrittene Weltmachtrolle ist ihnen tatsächlich abhandengekommen. Im ersten Absatz dieses Kapitels wird ein Grund dafür verneint: Die überlegene Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Ökonomie ist nach wie vor gegeben. Das gilt für die entscheidenden Schlüsselindustrien der herkömmlichen Industrie (Automobilproduktion, Luft-/Raumfahrt, Rüstungsindustrie), ebenso wie für die neueren Abteilungen des modernen Kapitalismus, nämlich die Technologieriesen, wo die USA ohnehin die Global Player bei sich beheimaten, und schließlich für den globalen Finanz- und Kreditmarkt. Den Mangel, den die Amerikaner bei sich in Bezug auf die Verfasstheit ihrer Weltmachtrolle feststellen, nämlich dass sie in Sachen überlegene Konkurrenzfähigkeit verloren hätten, ist also nicht wahr. Das ist nicht die Ursache der Bestreitung, die Amerika im Moment erfährt und selbst zur Kenntnis nimmt.*

— *Zur besonderen Rolle des Dollars auf dem internationalen Kapitalmarkt: Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg den Kapitalmarkt mit Dollarkrediten eingerichtet, das ist die Grundlage dafür, dass auch heute in der Welt mit dem Dollar abgerechnet wird. Dagegen gab es (in einer Diskussion) den Einwand: Nur weil die USA die Europäer nach dem 2. Weltkrieg kreditiert haben, dominiert der Dollar nicht dauerhaft den internationalen Kapitalmarkt weltweit. Was ist jetzt richtig?*

An dieser Stelle geht es nicht um die Situation nach dem 2. Weltkrieg, sondern um die Klarstellung, welche Sonderstellung der Dollar einnimmt bzw. worin diese besteht.

— *Auf S. 65 unten heißt es, der Dollar ist das „Kernstück amerikanischer ökonomischer Überlegenheit“, insofern der Dollar nicht bloß eine nationale Währung wie jede andere ist, sondern das Weltgeld überhaupt. Es ist das Geld, in dem auf dem Weltmarkt Geschäfte gemacht und realisiert werden und in dem auch der gesamte Weltfinanzkapitalmarkt im Wesentlichen fakturiert wird. Und weil er diese Stellung hat, wird er außerdem weltweit in den Reserven der Nationalbanken zur Sicherung ihrer Währungsgeschäfte gehortet.*

Der Dollar ist also keine x-beliebige Währung, sondern *das* Geld, worauf sich die ganze Welt bei ihren ökonomischen Transaktionen bezieht, in das im Zweifelsfall jeder Geldbetrag umgerechnet und gewechselt werden muss, wenn man damit weltweit einkaufen, investieren oder auf dem Finanzmarkt Wertpapiere kaufen will. Und indem alle sich auf den Dollar als Weltgeld beziehen, sie ihn in ihren ökonomischen Transaktionen als den verbindlichen Maßstab für Reichtum behandeln, wird ständig seine Sonderrolle bestätigt. Es ist also diese *heutige* Praxis in Bezug auf den Dollar, wodurch er seine Sonderrolle jeden Tag aufs Neue spielen kann.

— *Selbst wenn keine amerikanischen Kapitalisten an in Dollar fakturierten Geschäften beteiligt sind, kommt das den USA, ihrer Konkurrenzfähigkeit und ihrer Kreditwürdigkeit, also den zivilen Machtmitteln über den ganzen Globus zugute. Das bedeutet der „Dollar ist Weltgeld“ und daher haben die USA diese unglaubliche Verschuldungsfreiheit.*

Weil der Dollar in allen Geschäften diese Sonderrolle als Weltgeld hat, verleiht er auch dem amerikanischen Staat eine ausgesprochene Sonderrolle: Wenn er Staatsanleihen emittiert, fragt keiner, ob die auch sicher oder solide sind, weil für dieses Wertpapier auf Dollar der amerikanische Staat mit seinen Dollars garantiert, die er sich jederzeit beschaffen kann. Wenn er sich verschuldet, muss er also nicht ständig darauf reflektieren,

ob das seiner Währung schadet.

Wichtig ist hier, auf den Aufbau dieses Punktes im Artikel zu achten. Zunächst wird ausgeführt, was die ökonomische Sonderstellung der USA ausmacht: Die außerordentliche Konkurrenzfähigkeit der Industrien, der weltweite Handel, das weltweite Finanzsystem, das überall mit Kredit unterwegs ist usw. Also all das, was die USA in der Welt erreicht haben und wie sie mit überlegener Konkurrenz dort agieren, ist der Grund für die Stärke des Dollars. Es ist also nicht einfach die Anerkennung durch die Konkurrenten, die sich ja erst wegen dieser Stärke einstellt. Wie das nach dem Krieg entstand, ist an der Stelle ziemlich egal. An diesen Resultaten Amerikas müssen sich die immer noch unterlegenen Konkurrenten messen lassen, auch wenn sie schon viel erreicht haben.

Diese überlegene Konkurrenzfähigkeit der USA ist ihnen jetzt auch nicht verloren gegangen. ‚Angekränkt‘ ist ihre Sonderrolle und Großartigkeit dann offensichtlich in einer anderen Hinsicht. Die USA ist ja nicht einfach nur ein Konkurrent auf dem Weltmarkt, sondern sie haben auf dem Weltmarkt und in der dort herrschenden Ordnung noch in ganz anderer Weise eine Sonderrolle.

## II. 2

— *Wieso wird jetzt der nächste Punkt 2 (S. 66), wo es um die Konkurrenzlosigkeit der USA geht, mit einem „dennoch“ eingeleitet? Der Absatz sagt doch nichts anderes, als dass die USA ein System der Konkurrenz eingerichtet haben, wie das vorher auch schon ausgeführt wurde. Und danach geht es weiter mit der Singularität und wie es nach dem Weltkrieg zugeht.*

— *Festzuhalten ist, in Sachen Konkurrenzfähigkeit haben die USA mit dem Dollar als Weltgeld eine Sonderrolle. Diese Konkurrenzfähigkeit ist also nicht der Grund dafür, dass sie heute ihre Lebensbedingungen von innen heraus erneuern wollen. Die Argumentation geht jetzt in Punkt 2 weiter mit der Frage nach dem dahinterliegenden Grund: Wieso sind sie mit den Machtmitteln, über die sie verfügen, und ihrer Stellung auf dem Weltmarkt so prinzipiell unzufrieden? Darauf bezieht sich das „dennoch“ im Anschluss.*

— *Bei der überlegenen Konkurrenzfähigkeit messen sich Staaten an den ökonomischen Potenzen. Konkurrenzlosigkeit misst sich dagegen an etwas ganz anderem. Da wird festgehalten, dass die USA die einzige Nation ist, die über dieser Konkurrenz um Konkurrenzfähigkeit steht. Sie bestimmt die Konkurrenz, indem sie die Maßstäbe vorgibt, nach denen konkurriert wird. Der Gehalt von „Konkurrenzlosigkeit“ im Unterschied zu „Konkurrenzfähigkeit“ ist ein machtpolitischer. Mit der „Singularität“ dieser Großartigkeit geht es in Punkt 2 weiter.*

Die besteht darin, dass die USA tatsächlich die imperialistische Großleistung vollbracht haben, als einzige Nation dem gesamten Rest der Welt eine Ordnung vorzugeben, in der sie festlegen, worum es in der Welt künftig zu gehen hat. Damit haben sie alle Staaten zur Teilnahme an einer Konkurrenz auf dem Weltmarkt nach ihren Regeln und Maßstäben verpflichtet, d.h. die Staaten konkurrieren mit ihren Geschäftsleuten darum, möglichst viel Geld zu verdienen.

— *Damit ist Auskunft darüber gegeben, dass diese Weltordnung etwas absolut Ungemütliches und Brutales ist. Wenn diese Maßstäbe gelten, bestimmt das System der Konkurrenz auch, welche Staaten auf dem Globus die imperialistisch erfolgreichen sind. Mit Geld und Gewalt haben die USA als die Begründer dieser Weltordnung immer ihre Sonderrolle behauptet. Aber dieser Anspruch kollidiert damit, dass es ein Konkurrenzsystem ist, das sie freigegeben haben.*

— *Wenn die USA die Maßstäbe diktieren, nach denen die Staaten auf dem Weltmarkt zu konkurrieren haben, dann soll das die Konkurrenzlosigkeit der USA, ihre Suprematie sichern und reproduzieren. Für die USA mit ihrem nach dem Krieg weltweit überlegenen produktiven Kapital war der Maßstab der freien Konkurrenz – Freihandel soll gelten – gerade die Sicherstellung der Überlegenheit amerikanischer Produktivkraft. Das ist das Muster dieser Weltordnung.*

— *Gesagt wurde, Konkurrenzlosigkeit ist der politische Anspruch der USA als Macher*

und Garanten dieses Konkurrenzsystems auf ihre absolute Überlegenheit. Das bezieht sich doch durchaus auch auf ihre überlegene ökonomische Potenz.

— Das Politische besteht darin, dass sie das politische Subjekt sind, das diese Ordnung definiert und garantiert und somit dafür sorgt, dass die Staaten dieser Welt, die dieser Ordnung subsumiert sind, sich daran halten. Das ist eine Sorte Weltordnung, wie sie die USA nach dem 2. Weltkrieg dekretiert haben, die es nur im Singular geben kann. Also müssen alle bisherigen Ordnungen wie Kolonien etc. abgeräumt und eine Welt der souveränen Staaten errichtet werden.

Diese Weltordnung mit ihrem ökonomischen Inhalt unterstellt eine überlegene politische Gewalt, die diese Ordnung einrichtet und den Rest der Welt auf die kapitalistische Konkurrenz verpflichtet. Darin treten die Staaten mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen ein. In dem Sinne haben die USA von ihrem Ausgangspunkt her Maßstäbe gesetzt. Sie waren kein vom Krieg ruiniertes, hoch verschuldetes Land, sondern eine Nation, die neben ihrem immensen Gewaltpotential auch noch eine funktionierende Ökonomie und ein solides Geld hatte. Das waren ihre Voraussetzungen, mit denen sie gegen alle anderen in die Konkurrenz eingetreten sind und an denen sich die anderen bis heute abarbeiten.

— Das System der Konkurrenz, das die USA dem ganzen Globus verordnet haben, haben sie gesichert mit ihrem Weltgeld und diesem riesigen, unerreichbaren Gewaltabstand, den sie bis heute gegenüber allen anderen Staaten haben. Diese Gewalt braucht es, um sicherstellen, dass sie in ihrer Suprematie über das Weltsystem der Geldvermehrung als unangefochtene Weltmacht bestehen bleiben.

Diese Argumente braucht es auf jeden Fall, um sich „Weltordnung“ klar zu machen. Das heißt ja nicht einfach „und dann gibt es eine ökonomische Konkurrenz“. Damit es diese gibt, also jeder Staat in der Welt darauf verpflichtet ist, sein Land für Geschäfte zu öffnen, seine ökonomische Basis im Kapitalismus zu haben und darüber versucht, seinen Erfolg in der Welt zu sichern, braucht es eine überlegene Gewalt. Die Weltordnung hat diesen ökonomischen Inhalt und unterstellt eine überlegene Gewalt, die diese Ordnung absichert. Sie verträgt sich nicht mit einem Kolonialsystem, in dem Staaten ihre Kolonien exklusiv nutzen, und erst recht nicht mit einem „Ostblock“, der von vornherein realsozialistisch wirtschaften wollte. Das stand im Widerspruch zu der Ordnung, die durch die überlegene Gewalt der USA eingerichtet worden ist. Was auch aus der Geschichte bekannt ist, steht hier dafür, dass es immerhin eine weltweite Militärkonfrontation – erst den 2. Weltkrieg, dann den kalten Krieg – gebraucht hat, um diese Schranken für die amerikanische Weltordnung zu beseitigen.

— Der ganze historische Ausflug unter II., wie es zu der Sonderrolle des Dollars gekommen ist, beschreibt, wie die amerikanische Weltordnung bestimmt ist.

Hier geht es nicht nur darum an das „wie“ zu erinnern, sondern es soll bestimmt werden, was die Singularität oder „Suprematie“, also *Oberhoheit* der USA ausmacht. Es geht darum, welche imperialistische Großtat es war, diese Weltordnung so einzurichten. Das Einzigartige an den USA ist, dass sie die einzige Macht sind, die dem Rest der Welt ihre US-Ordnung verpassen konnte. Die Durchsetzung der Weltordnung war dieses Gewaltprogramm, zu dem auch gehörte, die Partner in Europa dafür in die Pflicht zu nehmen und den realen Sozialismus abzuräumen. Die USA haben wahr gemacht, dass sie nicht nur eine Hoheit unter anderen sind, sondern die *Oberhoheit* über die anderen ausüben. Sie konnten den anderen erfolgreich vorgeben, wie sie als Staat zu existieren und sich zu reproduzieren haben.

— In Punkt 2 (S.66) wird also aufgeführt, was „Konkurrenzlosigkeit“ als Weltmacht heißt.

Ja, hier wird nicht nur an schon bekannte Argumente erinnert, sondern schon auf die Beantwortung der Frage im Fortgang hin argumentiert: Was ist da eigentlich den Amerikanern verloren gegangen? Sie leiden daran, dass das Resultat der hier erklärten imperialistischen Großtat, die unipolare Weltordnung der einzig verbliebenen Supermacht USA, in Frage gestellt wird.

Eine gewichtige Abteilung zur Herstellung dieser Weltordnung war, dass die USA die

Staaten Europas zu Bündnispartnern im Kampf gegen die Sowjetunion gemacht und sie deshalb darin befördert haben, ökonomisch wieder potent zu werden. Die sollten sich mit einer kapitalistisch konkurrenzfähigen Ökonomie auf dem Weltmarkt bewähren und sich darüber als Staaten stärken, um einen entsprechenden militärischen Beitrag im Kalten Krieg leisten zu können. Dazu wurden sie von den USA kreditiert und in die Pflicht genommen und diesen Dienst haben sie erfolgreich für die USA geleistet.

— *Auf S. 67, m. heißt es, „das Regime ... präsentieren sie ... als Herrschaft des Rechts“. De facto hat die USA als überlegene Gewalt dieses Regime den Kriegsverlierern in Europa aufgezwungen. Dieses Regime als „Herrschaft des Rechts“ zu installieren, ist für die USA ein Widerspruch, denn damit sind sie diesem Regime – also auch den WTO-Regeln – genauso unterworfen wie alle anderen. Gehört zu dieser „Präsentation“, dass sie das von ihnen gewaltsam durchgesetzte Regime so darstellen, als ob das eine von allen Staaten beschlossene Rechtsordnung sei, der sich alle beugen?*

Das „Präsentieren“ ist hier nicht in dem Sinne gemeint „sie geben vor“, sondern im Sinne eines *Angebots*, das den anderen Staaten präsentiert wird. Die USA bieten ihnen innerhalb der von ihnen vorgegebenen Regeln eine nationale Perspektive. Die USA können dieses Angebot den anderen deshalb machen, weil sie diejenigen sind, die mit ihrer überlegenen Gewalt das Recht und damit dessen Inhalt setzen und exekutieren. Das enthält den Widerspruch, dass sie definieren, was sich in der Weltordnung gehört, und für die Gültigkeit ihrer Definitionen sorgen. Zugleich treten sie als *gleichberechtigte* Mitglieder z.B. in der WTO an, wollen sich an deren Regel, also an das Prinzip des Freihandels, halten, wovon nur begründete Ausnahmen statthaft sind.

— *Den Europäern stand als Ergebnis des Weltkriegs die absolute Überlegenheit der USA gegenüber. Dennoch war dieses Angebot der USA nicht nur ein „wir tun so als ob, tatsächlich habt ihr keine Alternative“ – sondern es war tatsächlich eine Gelegenheit für die Europäer, ihren staatsmaterialistischen Nutzen zu verfolgen, indem sie sich diesem Rechtsregime unterordnen.*

— *An dieser Stelle mit dem Rechtsregime ergibt sich das Problem, dass es ein übergeordnetes internationales Recht in dem Sinn ja gar nicht gibt.*

— *Was als Recht gilt oder nicht, ist eine Gewaltfrage; dazu ist auf S. 67 der unglaubliche Gewaltbedarf aufgeführt, mit dem die amerikanische Ordnung den Globus überzieht und das System der Konkurrenz sichert, zu dem alle genötigt sind, sich gemäß ihren Mitteln einzuklinken. Darunter ist Unterordnung verlangt. Also besteht der Gewaltbedarf dauerhaft, das ist in der Form der Herrschaft des Rechts verallgemeinert. Gewalt ist die Grundlage für all das, was im Sozialkundeunterricht als Regeln unter Staaten verhandelt wird. So gibt es internationales Recht mit den dafür geschaffenen Einrichtungen.*

Das internationale Recht *gibt* es in dem Maße und in dem Ausmaß, wie die USA es verbindlich für den Rest der Staatenwelt machen, z.B. im Sicherheitsrat der UN. Wenn die USA dort durchsetzen, dass der Iran keine Raketenprogramme entwickeln darf, dann *ist* das internationale Recht. Wenn der Iran trotzdem an neuen Raketen bastelt, wird er entlang dieser Rechtssetzung verurteilt. Gleiches gilt für die ökonomischen Verkehrsformen. In dem Maße, in dem die USA die Welt darauf verpflichten, *sind* sie internationales Recht.

Der Witz ist hier, dass es über den Staaten keinen gibt, der Recht setzen, Strafen verhängen kann, weil die Hoheit jedes Staats an seiner Grenze endet. Die Eigenheit internationalen Rechts ist, dass es dennoch verbindlich sein soll, den Staaten Vorschriften machen und Gewaltverhältnisse gegenüber Staaten absichern will. Durch die Institutionen soll es den Staaten auferlegt sein, diese Rechte zu exekutieren. So fügen sich auch die USA im Prinzip dem von ihnen gesetzten internationalen Recht und zugleich setzen sie sich bei der Durchsetzung ihrer Interessen durchaus auch mal darüber hinweg. Das streicht aber das Recht oder dessen Geltung nicht durch, sondern stellt noch einmal die besondere Stellung der USA darin klar: Einerseits ist es von ihnen mit ihrer überlegenen Gewalt installiert, andererseits sind sie diejenigen, die die Durchsetzung dieses Rechts garantieren und sich von daher herausnehmen können, sich nicht daran zu halten, wenn es



ihnen nicht passt.

— *Die WTO, der IWF, die Weltbank usw. sind lauter Institutionen mit eigenen Satzungen usw., in denen die imperialistischen Staaten aushandeln, wie sie die Weltereignisse sehen – auch die USA, die sich dem mal mehr, mal weniger unterordnen. Deutlich wird das am Unterschied zwischen Obama und Trump, z.B. daran, dass Obama für Amerika die Weltklimagipfel nützlich befand, während Trump in seiner Sichtweise alles Verbindliche für Amerika als schädlich beurteilte und daher kündigte. Soviel zu dem Rechtscharakter solcher Vereinbarungen. Da ist gar nichts festgeschrieben.*

Trump war da sehr radikal. Allerdings haben sich die USA nie dem internationalen Recht einfach so untergeordnet. Ihre Kalkulation war immer, sie halten daran fest und verteidigen es, soweit es für sie tauglich ist. Daneben haben sie sich immer schon eigene Strategien erlaubt, wie es z.B. die „Koalition der Willigen“ und andere Beispiele zeigen.

— *Wenn die USA mit den Resultaten der Konkurrenz der Staaten unzufrieden sind, haben sie immer als Grund ausgemacht, dass andere Nationen die Regeln nicht befolgt haben. Sie berufen sich also auf das Recht, um ein für sie nützliches Resultat einzuklagen.*

Das ist die andere Seite davon, dass die USA ihren Anspruch auf Unterordnung in der Form des Rechts in der Welt etabliert haben. Dabei wird inhaltlich gar kein Unterschied zwischen den USA und den anderen Staaten gemacht. Aber die Erschaffung der Institutionen, die die Regeln und deren Einhaltung garantieren sollen, war für die USA dasselbe, fiel für sie in eins mit der Einrichtung ihres Anspruchs auf Unterordnung und – immerhin lange Zeit – konnten sie ihren politökonomischen Nutzen daraus ziehen.

\*

— *Im letzten Absatz von Punkt II. 2 geht es um den „fundamentale Widerspruch“, mit dem z. B. die Europäer es zu tun bekommen. Der besteht darin, dass sie als zur Konkurrenz zugelassene und kreditierte Nationen ihr Wiedererstarken ehrgeizig in ihr eigenes Programm aufgenommen haben, aber in ihrer Konkurrenzfähigkeit von dem abhängig sind, gegen den sie als Konkurrent antreten, also von den USA.*

Mit der Wahrnehmung des ihnen aufgezeigten Erfolgswegs, ihren nationalen Erfolg in der ökonomischen Konkurrenz am Weltmarkt zu suchen, lieferten die Europäer ganz automatisch ihre Dienste für die USA. Zugleich setzen die USA die entscheidenden Bedingungen für ihre Erfolge: ohne deren Gewalt und den Dollar ist der Erfolg dieser national frei gesetzten EU-Staaten nicht zu haben. Darunter leiden sie bekanntlich: Dass sie in der Verfolgung ihres eigenen nationalen Egoismus in der internationalen Konkurrenz abhängig sind von einer Weltordnung, deren *Subjekt* sie nicht sind, weil deren Bedingungen die USA bestimmen und sichern.

— *Was ist falsch an der Aussage, dass der Widerspruch für die Europäer darin liegt, dass ihr größter Konkurrent zugleich derjenige ist, der die Bedingungen der Konkurrenz setzt?*

Die USA stehen nicht deshalb zu den Europäern im Widerspruch, weil die USA ein besonders starker Konkurrent sind. Die erfolgreichen EU-Nationen leiden vielmehr daran, dass sie in den USA *die* Vorherrschaft vor sich haben, die mit ihrer politökonomischen Macht und ihrem Dollar die Weltordnung und deren Gültigkeit definieren und garantieren. Und damit *alle* Bedingungen stiften, von denen der Erfolg der Europäer und anderer abhängt.

\*

Der Artikel „Build Back Better: Der Kampf um die Seele Amerikas geht weiter – Die Supermacht ringt mit sich um ihre weltweite Suprematie“ (GS 4-21) ab S. 68 wird aus gegebenem Anlass erst später weiterdiskutiert.

Beim nächsten Jour fixe am Montag, den 7. März 2022: Der Krieg in der Ukraine. Putins Rede, siehe Web-site des Gegenstandpunkt.

Lesehinweise:

- GS 3-21 Diplomatie mit einem Staat, dem man jeden Respekt verweigert

- GS 3-21 Wie die Ukraine die Szenerie eines drohenden Kriesausbruchs produziert und die Welt um eine neue Anklage gegen Russland bereichert